

»Positiv ist, dass
keine Einrichtung
geschlossen
werden muss«

Anja Apel zur Schulnetzplanung



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Februar/März 2024

Demokratie braucht Teilhabe

Linke Politik heißt: Solidarität mit denen, die es nötig haben.

» Seite 2



Kreuzritter der Demokratie

Die Ampel kritisieren in Zeiten einer erstarkenden Rechten – geht das überhaupt? Es muss

Es ist schon ein groteskes Bild, wenn etwa Annalena Baerbock und Olaf Scholz auf einer Anti-Nazi-Demo in Potsdam zu sehen sind – denn die Demokratie, die sie zu verteidigen vorgeben, wird durch sie selbst in ihren Grundfesten erschüttert.

Der Satiriker Jean-Philippe Kindler fragt zu Recht: „Von welcher Demokratie reden diese Leute hier? Von einer Demokratie, in der 30 Prozent der Menschen so arm sind, dass sie faktisch keine Zeit und Kraft haben, sich mit Politik auch nur ansatzweise zu beschäftigen? Von einer Demokratie, in der bestimmte gesellschaftliche Grup-

pen durch ihre ökonomische Besserstellung real bedeutend bessere Möglichkeiten haben, Politik nach ihren Bedürfnissen einzufordern und aktiv mitzugestalten?“

Kürzungen bei Sozialleistungen, bei Projekten gegen Rechts, Kinderfreibeträge erhöhen, statt das Kindergeld, Sanktionsverschärfungen gegen Transferleistungsempfänger – hier wird der Boden gelegt, den AfD und Co munter beackern.

Wie kann eine linke Antwort darauf aussehen? Vielleicht so: Die Sicherung des Mobilen Begleitservices für Mobilitätseingeschränkte, die kosten-

lose Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, aber auch mehr Chancengerechtigkeit durch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, Freiluftpartys für alle, die wollen, eine Lea-Grundig-Straße in der Mitte unserer Stadt, mehr Probenräume, sanierte Schulen, reparierte Brunnen auf dem Neustädter Markt, mehr Schulbibliotheken und eine vernünftige Essensversorgung im Städtischen Klinikum – all das macht ein Gemeinwesen aus, das es zu verteidigen lohnt – für alle, durch alle. Und: es entzieht den Ewiggestrigen den Boden. *Thomas Feske*

SOZIALWOHNUNGSBAU

Gelder zweckentfremdet

Steigende Mieten sind in Dresden seit Jahren ein Dauerthema. Im preisgünstigen Mietsegment fehlen Wohnungen für alleinstehende Rentnerinnen und Rentner ebenso wie für Familien. Eine Ursache liegt darin, dass der Freistaat Sachsen – seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 zuständig für den Sozialwohnungsbau – viel zu wenig Geld in die Schaffung und den Erhalt von Sozialwohnungen steckt, viele Jahre wurde kein einziger Euro bereitgestellt. So ist der Bestand an Sozialwohnungen in Sachsen massiv abgeschmolzen: von 134.000 im Jahr 2006 auf 11.582 im Jahr 2017. Gleichzeitig wurden mehr als 100.000 Wohnungen in Sachsen abgerissen, einige davon auch in Dresden. Dafür flossen knapp 400 Millionen Euro aus der Städtebauförderung. So wurde aus der Bau- eine Abrissförderung. » Seite 2



Sanieren und bauen! Sozialwohnungen braucht das Land

Sozialen Wohnungsbau anschieben

Nach Jahrzehnten verfehlter Wohnungspolitik, die den Abriss von Sozialwohnungen gefördert hat, muss die Förderpolitik endlich flexibilisiert werden

Auf massiven Druck der Städte Leipzig und Dresden hin, hat der Freistaat 2017 ein Förderprogramm aufgelegt, welches die Schaffung von Sozialwohnungen ermöglicht. Seitdem werden vom Freistaat jährlich 40 bis 50 Millionen Euro Fördermittel an die Städte Dresden und Leipzig ausgereicht. Diese ermöglichen es, dass die im Jahr 2017 neu gegründete städtische Wohnungsbaugesellschaft WiD Sozialwohnungen bauen kann.

Das ist ein großer Erfolg. Doch noch immer hält der Freistaat Bundesgelder zurück. So erhielt Sachsen 2017 und 2018 jährlich 142,5 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau, gab davon jedoch weniger als ein Drittel für ebendiesen aus. Die Auswirkungen dieser Mittelzurückhaltung spüren Mieterinnen und Mieter schmerzlich an jedem Monatsanfang. Denn die Anzahl an Sozialwohnungen bleibt weit hinter dem bestehenden Bedarf zurück.

Aktuell bringen die massiven Preissteigerungen im Bausektor neuerliche Probleme mit sich. Die Förderrichtlinie des Freistaates ist

sehr starr und reagiert nicht auf Baupreisentwicklungen. Die Vorgaben spiegeln die Realität einfach nicht wider. Die fatale Folge für Dresden ist, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft WiD Geld nicht abrufen kann, da die Preisvorgaben der Förderrichtlinie nicht eingehalten werden können. Die stetigen Forderungen, hier nachzubessern, treffen auf Landesebene auf taube Ohren. Deutlich höhere Zuschüsse sind notwendig.

Stetige Forderungen, nachzubessern, treffen auf Landesebene auf taube Ohren

Um endlich nicht mehr Jahr für Jahr das zu knappe Angebot an preisgünstigen Wohnungen zu bedauern und spürbare Verbesserungen auf dem Wohnungsmarkt zu erzielen, muss ganz grundsätzlich die Wohnungspolitik geändert werden. Zum

Beispiel müsste endlich wieder eine Wohngemeinnützigkeit eingeführt werden, die gemeinwohlorientierte Vermieterinnen und Vermieter steuerlich begünstigt und so dazu beiträgt, dass Sozialwohnungen auch außerhalb von Förderrichtlinien entstehen und vor allem auch dauerhaft gehalten werden können.

Pia Barkow

WOHNBERECHTIGUNGSSCHEIN

Gebührenbefreiung beschlossen

Auf seiner letzten Sitzung im alten Jahr hat der Stadtrat die neue Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten in weisungsfreien Angelegenheiten (Kostensatzung) beschlossen. Eine Formalie, so scheint es auf den ersten Blick. Vermutlich war auch vielen Stadträtinnen und Stadträten nicht klar, dass sie damit auch über die Gebührenfreiheit der Beantragung des Wohnberechtigungsscheines (WBS) entschieden haben.

Der Wohnberechtigungsschein ermöglicht Personen mit geringem Einkommen den Zugang zu gefördertem Wohnraum. In Dresden haben insgesamt 66.500 Mieterhaushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein.

Die Gebührenbefreiung hat aber eine längere Vorgeschichte, die bis in das Jahr 2019 zurückreicht. Da hatte die Linksfraktion im Stadtrat einen entsprechenden Antrag eingebracht, der tatsächlich auch so beschlossen worden ist. Das Engagement des mit der Umsetzung beauftragten Oberbürgermeisters hielt sich aber in Grenzen. Es passierte nichts! Da musste sich erst eine Hintertür mit der Neufassung der Kostensatzung auftun. Ein Erfolg für die LINKE. im Dresdner Stadtrat.

Die Redaktion

FRAKTIONSANTRAG

MoBs retten!

Bereits im September des vergangenen Jahres hat die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat einen Antrag eingebracht, der die künftige Absicherung des mobilen Begleitservice (MoBs) für behinderte Menschen zum Gegenstand hat.

Der Begleitservice erleichtert speziell älteren und mobilitätsbeeinträchtigten Personen die Nutzung von Bahnen und Bussen des ÖPNV und gewährleistet einen einfachen und sicheren Zugang zum Nahverkehr in Dresden. Pro Auftrag fällt eine Gebühr von drei Euro an. Inhaberinnen und Inhaber des Dresden-Passes, die schwerbehindert oder über 65 Jahre sind, können den Begleitservice kostenlos in Anspruch nehmen.

Bisher übernahm die DVB die Sach- und Regiekosten. Allerdings kam deren Zusage in den letzten Jahren immer sehr knapp. Dieses Jahr wurde nun mitgeteilt, dass die DVB die Unterstützung für das Jahr 2024 nicht mehr leisten kann. Dies würde das Aus für den Begleitservice bedeuten – wo schon jetzt nicht alle Anfragen abgedeckt werden können und die Zahl mobilitätseingeschränkter Menschen steigt.

LINKE-Stadträtin Anja Apel sagt dazu: »Es kann nicht sein, dass das, was in vielen Städten möglich ist, in Dresden nicht gelingt. Alle Beteiligten beteuern, das Angebot sei wichtig, und dennoch soll es eingestellt werden. Das will DIE LINKE nicht zulassen. Alle müssen an einen Tisch, um eine tragfähige Lösung zu finden. Eine Gesellschaft, die altert, kann sich den Wegfall eines solchen Angebots nicht leisten.«

Die Redaktion



Begleitservice für Behinderte im ÖPNV absichern

»Fitz an der Spitze des Rathauses«

Interview mit dem LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach zu Hilberts Rathaus-Partys, der Zukunft der Filmnächte sowie den aktuellen Gefahren für das »Elbamare« und das Luftbad Dölzschen

Der LINKEN-Fraktion liegen die öffentlichen Bäder sehr am Herzen. Vor kurzem hat die Fraktion einen Antrag zum Erhalt des Erlebnisbades »Elbamare« beim Stadtrat eingereicht. Was macht die Situation eigentlich so heikel?

Die Stadt hat das »Elbamare« nur gemietet und im März 2025 endet der Mietvertrag. Die Zukunft des Bades ist ungewiss, die Stadtverwaltung mauert seit Monaten. Auf Anfragen antwortete Oberbürgermeister Hilbert (FDP) bislang ausweichend bis nichtssagend. Viele Menschen sind in Sorge über die Zukunft des Bades. Wir wollen diese Geheimniskrämerei nicht länger hinnehmen und machen die Sache deshalb nun zum Thema im Stadtrat. Wir wollen erreichen, dass sich der Rat zum Erhalt des »Elbamare« bekennt und eine Schließung abgewendet wird.

Auch das Luftbad Dölzschen ist gefährdet. Was ist dort das Problem?

Das Luftbad Dölzschen ist akut in seiner Existenz bedroht. Zunächst erwartete Fördermittel des Bundes stehen infolge finanzpolitischer Fehlentscheidungen der Ampelkoalition nicht mehr zur Verfügung. Nach der Freibad-saison 2023 ist die Betriebserlaubnis ausgelaufen, weil das Bad über keine zeitgemäße Wasseraufbereitungstechnik verfügt. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, städtische Eigenmittel einzusetzen, damit das Bad weiter betrieben werden kann.

Jährlich finden die Filmnächte am Elbufer statt. Nach dem Willen der Stadtverwaltung soll die Veranstaltung künftig ausgeschrieben werden. Die derzeitigen Veranstalter wehren sich öffentlich dagegen. Wie geht es weiter?

Die Filmnächte finden zwar seit vielen Jahren statt, eine Ausschreibung der Veranstaltung hat es allerdings nie gegeben. Im vergangenen Jahr stimmte der Stadtrat deshalb für eine Vorlage der Stadtverwaltung zur Durchführung einer Konzessionsvergabe für Kino- und Konzertveranstaltungen. Die CDU hat sich auf die Seite der Veranstalter geschlagen und will, dass diese ohne jede Ausschreibung weiterhin die prominente Fläche am Elbufer zur Verfügung gestellt bekommen. Dieses Vorgehen birgt jedoch Gefahren für die Zukunft der Filmnächte. Wir wollen jenen Weg gehen, der die Durchführung der Film-



nächte auf eine möglichst sichere rechtliche Grundlage stellt.

Eine scheinbar endlose Geschichte ist auch die Sanierung der Krachtbrunnen auf dem Neustädter Markt. Wann geht es endlich los?

Vor über einem Jahr hat der Stadtrat den Antrag der LINKEN zur Sanierung der Krachtbrunnen auf dem Neustädter Markt beschlossen. Jetzt wurden die Aufträge zur Sanierung des östlichen Krachtbrunnens vergeben. Der Baubeginn ist für Anfang März geplant. Wir haben lange dafür gekämpft. Ich freue mich, dass es endlich losgehen kann. Damit wird nicht

nur das derzeitige Erscheinungsbild und die Aufenthaltsqualität auf dem Neustädter Markt verbessert, sondern auch ein Kunstwerk der DDR denkmalgerecht wiederhergestellt. Jetzt werden wir uns dafür einsetzen, dass auch der westliche Krachtbrunnen saniert wird.

Oberbürgermeister Hilbert feierte in den vergangenen Jahren mehrere ausschweifende Partys im Rathaus. Die Aufträge dazu wurden wiederholt ohne Ausschreibung an eine Agentur vergeben, die später Hilberts Wahlkampf übernahm. Welche Konsequenzen werden gezogen?

Die Eventagentur Schröder hat für die Rathaus-Partys von Herrn Hilbert über 400.000 Euro aus der Stadtkasse erhalten. Die Vergabe der Aufträge erfolgte freihändig und ohne vorherige öffentliche Ausschreibung. Deshalb ist es geboten, das Rechnungsprüfungsamt einzuschalten und das Handeln des Oberbürgermeisters unter die Lupe zu

»Hilberts Günstlinge werden mit lukrativen Aufträgen bedacht. Später zeigen sie sich erkenntlich«

André Schollbach

nehmen. An der Spitze des Dresdner Rathauses wuchert der Fitz. Hilberts Günstlinge werden großzügig mit lukrativen Aufträgen bedacht. Später zeigen sie sich bei passender Gelegenheit erkenntlich. Diese Zustände sind inakzeptabel. Nachdem DIE LINKE den Finger in die Wunde gelegt und dieses Gebaren an die Öffentlichkeit gebracht hat, dürfte das Rechnungsprüfungsamt in Kürze den Auftrag zur Prüfung dieser Vorgänge erhalten. Der federführende Finanzausschuss hat dem Stadtrat die Annahme unseres Antrags empfohlen.

Auch Dresden muss seinen Beitrag zur Klimawende leisten. Das Klimaschutzkonzept der Stadt soll schon seit vier Jahren überarbeitet werden. Du hast dazu nachgefragt. Mit welchem Ergebnis?

OB Hilbert teilte im vergangenen Sommer mit, bis Ende 2023 werde die Fertigstellung eines Kernkonzeptes erwartet. Doch das Jahr verging und nix passierte. Auf erneute Nachfrage wurde jetzt mitgeteilt, die Vorlage sei für März vorgesehen. Trotz enormer Kosten liegt das Konzept vier Jahre nach Beschlussfassung immer noch nicht vor. Stattdessen wird nun eine abgespeckte Rumpffassung angekündigt. Es ist ein Offenbarungseid! Zudem ist bemerkenswert, in welchem Schnecken-tempo dieses Thema ausgerechnet von einer grünen Bürgermeisterin bearbeitet wird.

Das Interview führte Dirk Wagner

BEIRAT FÜR ERINNERUNGSKULTUREN

Mehr als eine Menschenkette



Die Menschenkette im Jahr 2011

Die Arbeitsgruppe »13. Februar« wurde 2009 erstmals von Oberbürgermeisterin Helma Orosz berufen. Ziel war es, dass viele wichtige gesellschaftliche Gruppen sich auf ein gemeinsames Vorgehen am Jahrestag der Zerstörung Dresdens verständigten. Dies umfasst zum einen das Gedenken an Krieg und Zerstörung, zum anderen aber auch den Protest gegen Rechtsextreme, die den Tag für ihre menschenverachtende Ideologie missbrauchen wollten. Das Ergebnis war die Menschenkette am 13. Februar 2010. Insgesamt nahmen damals 17.000 Menschen an der Aktion teil.

Seitdem organisierte die AG »13. Februar« die Menschenkette in der Dresdner Innenstadt. Die Fokussierung auf die Organisation der Menschenkette führte zunehmend zur Unzufriedenheit unter den Mitgliedern der AG. Die LINKE-Beigeordnete für Kultur, Wissenschaft und Tourismus, Annekatrin Klepsch, nahm sehr gern den Vorschlag auf, die AG neu zu strukturieren. Im Jahr 2021

startete ein umfangreiches, extern moderiertes Werkstattverfahren, aus dem der Vorschlag hervorging, einen »Beirat für Erinnerungskulturen« zu bilden.

Schließlich fasste der Stadtrat in seiner Sitzung am 25. Januar 2024 den Beschluss über die Besetzung dieses Beirates. Außer je einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Stadtratsfraktionen gehören dem Beirat 15 Mitglieder aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen an.

Die zu bearbeitenden Handlungsfelder sind umfangreich. Es geht um die Entwicklung inklusiver Strategien für Menschen unterschiedlicher Generationen und darum, zeitgemäße Formen der Geschichtsvermittlung zu entwickeln. Es muss geklärt werden, wie mit historischen Ereignissen und Erinnerungsorten konzeptionell umgegangen wird. Der Beirat für Erinnerungskulturen wird so Politik und Verwaltung methodisch beraten und begleiten.

Margot Gaitzsch, Stadträtin und Mitglied im Beirat Erinnerungskulturen

Annäherung an eine zutiefst Verletzte

Es ist unerträglich, dass sich der Stadtrat noch immer sperrt, eine neue kurze Straße nach der Grafikerin Lea Grundig zu benennen

Dabei hatte der für Straßenbenennungen zuständige Stadtbezirksbeirat dies dreimal nach reiflicher Überlegung empfohlen. Aus der Stadtverwaltung heraus wurde Lea Grundig als SED-Funktionärin bezeichnet, ihr eine Stasimitarbeit angelastet, sie habe Menschen politisch geschadet. Was dabei völlig verdrängt, verleugnet und ignoriert wird, ist ihre ei-

Eine Straßenbenennung wäre eine Geste der Wiedergutmachung

gene dreifache Verfolgungsgeschichte in Nazi-Dresden, nämlich als Jüdin im Sinne der NS-Rassengesetze, politisch als Kommunistin und als »entartete« Künstlerin, sicherlich der einzig bedeutende Kunstpreis, den man im Dritten Reich bekommen konnte.

Lea Grundig wurde 1906 als Lina Langer in die gesicherte materielle Existenz einer Kaufmannsfamilie hineingeboren. In den zwanziger Jahren konnte sie Kunst in Dresden studieren, fand zur Kommunistischen Partei und heiratete Hans Grundig. Im folgenden Jahrzehnt musste ein Teil ihrer Familie unter hohen materiellen Verlusten nach Palästina auswandern, andere kamen in den



Lea Grundig wurde 1906 als Lina Langer geboren

Vernichtungslagern der Nazis um. Sie selbst floh nach Verhaftung und Ausweisung über die Slowakei nach Palästina und überlebte die Sprengung der Patria durch die Hagana vor Haifa. 1949 kam Grundig nach Dresden zurück und hatte bis 1967 eine Professur an der Kunst-

hochschule inne. Zwischen 1964 und 1970 war sie Präsidentin des Verbandes Bildender Künstler der DDR. 1977 ist sie, die den Untergang der Patria überlebte, auf einer Schiffsreise über das Schwarze und das Mittelmeer mitten zwischen Deutschland und Israel verstorben.

Was bleibt, ist ein facettenreiches Werk

Werden am Anfang einfache Proleten in der Großstadt thematisiert, dramatisieren sich die Themen bis 1939 auf den Alltag unter dem Hakenkreuz, Kriegssahnen, NS-Terror, Antisemitismus, Unterdrückung durch Arbeit, Deportation. Die Werke stellen die Realität Dresdens unter den Nazis in einer Greifbarkeit dar, die schwer erträglich ist. Später in Palästina zeigt sich eine ganz andere Seite von Lea Grundig. Sie erstellte fröhliche bunte Kinderbuchillustrationen von einer unglaublichen Leichtigkeit, Heiligkeit und Lebensbejahung, um dann ab 1943 den Holocaust darzustellen, in einer schonungslosen Klarheit, ahnend, bevor es Bilder oder Filme davon gab.

Was immer Lea Grundig, wenn überhaupt, später gesagt oder getan haben sollte, diese Lebensgeschichte und diese früh ahnende, fast wissende Darstellung des menschlichen Leides unter dem Nazismus, dieses Werk würde davon nicht entwertet oder relativiert. Im Gegenteil. Es ist schwer vorstellbar, dass eine Seele, die dies alles hat kommen sehen, wie es dann kam, nicht zutiefst verletzt war, zumal es auch nach 1950 noch zu antisemitischen Anfeindungen ihr gegenüber gekommen sein soll. Eine Straßenbenennung wäre eine Geste der Wiedergutmachung. Es wird sich zeigen, ob der Stadtrat mehrheitlich die Reife dazu hat. *Tilo Wirtz*



Feste feiern unter freiem Himmel

Freiluftpartys legalisieren

Für junge Menschen gehören Partys zum Lebensgefühl. Wenn diese jedoch illegal in der Heide stattfinden, sind sie schlecht für Natur und Umwelt

Wenn es nach dem Willen der Fraktionen der LINKEN sowie der Grünen geht, sollen in Dresden nichtkommerzielle Freiluftpartys stattfinden können. Als LINKE wollten wir bei der Verwaltung eine Satzung zur Durchführung von Freiluftpartys in Auftrag geben. Die Grünen hingegen wollten zuvor durch die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte mögliche Orte benennen lassen, wo entsprechende Veranstaltungen stattfinden können.

Im Beratungsverlauf haben wir die beiden Anträge im Kulturausschuss zusammengetan und beauftragen nun die Verwaltung eine Satzung zu erarbeiten. Diese Satzung soll einerseits künftig spontane Freiluftpartys möglich machen und andererseits Sicherheitsfragen, sowie die Fragen von Sauberkeit und Zugänglichkeit klären.

Spontane Freiluftpartys nach dem Bremer Modell zu ermöglichen, stand als Ziel in unserem Kommunalwahlprogramm. Also informierte ich mich über das Bremer Modell – einem Ortsgesetz über nichtkommerzielle Freiluftpartys – und war erstaunt, wie unbürokratisch und einfach es dort funktioniert. In Bremen sind Freiluftpartys im Sinne des Ortsgesetzes spontane, nicht-

kommerzielle Feiern unter freiem Himmel mit elektronisch verstärkter Musik. Bremen hat dabei Regelungen entwickelt, die die Sauberkeit am Ort der Party sicherstellen. Auch wurde die Anzahl der Partyteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie die Anzahl der Partys an einem Ort begrenzt. Ich nahm Verbindung zur LINKEN-Fraktion in Bremen auf. Sie berichteten, dass dieses Gesetz erfolgreich umgesetzt wurde und

Warum soll nicht in einem Randgebiet viermal im Jahr eine Party stattfinden können?

die Ordnungskräfte die Entwicklung sehr positiv beschrieben. Im Jahr fanden etwa 35 Partys statt. In letzter Zeit wurde es allerdings immer schwieriger, Orte zu finden, denn die örtlichen Vertretungen bestimmten immer mehr Verbotszonen.

Vor Ort entscheiden

Eine Diskussion, welche auch bei uns in den Stadtbezirken und Ortschaftsräten stattfand. Dabei gab es zwar generell Verständnis für das Bedürfnis spontan zu feiern, aber die Antwort war oft: »nicht bei uns«. Soll das Projekt erfolgreich sein, müssen natürlich die Interessen der Feiernden mit denen der übrigen Bevölkerung und den Belangen des Umweltschutzes in Einklang gebracht werden. Auch haben die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte ein Entscheidungsrecht darüber, welche Flächen in ihrem Zuständigkeitsbereich ausgeschlossen sind.

Ich denke, hier müssen wir gesamtstädtisch einen Diskurs führen. Wie können die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen hier in Dresden Berücksichtigung finden? Den Partylärm hat ganz besonders die Neustadt zu tragen, mit Gästen aus der ganzen Stadt und vielen feiernden Touristen. Warum soll nicht auch in einem Randgebiet in Dresden viermal im Jahr eine Party stattfinden können? Menschen brauchen ihre Freiräume – diese will die LINKE schaffen.

Anja Apel

ANTRAG FÜR MEHR PROBERÄUME

Platz zur Entfaltung

DIE LINKE hat unter dem Titel »Kulturentwicklungsplan 2020 umsetzen – Atelierräume für Künstlerinnen und Künstler in Dresden sichern« einen Antrag in den Stadtrat eingebracht.

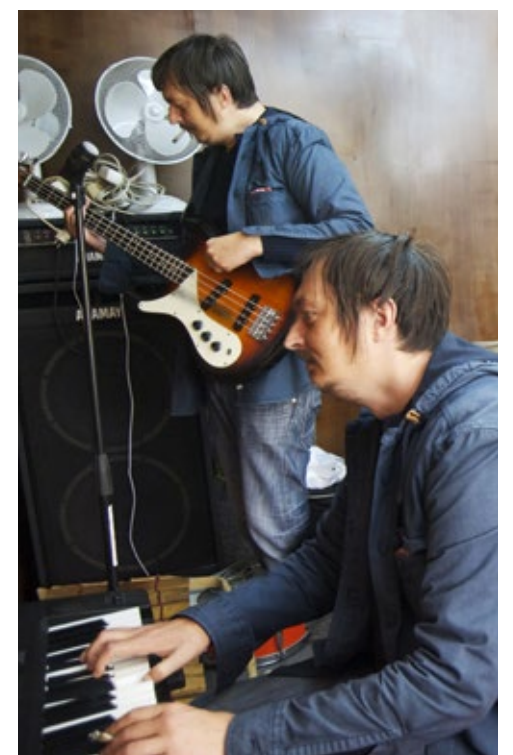
Dresden ist als Kultur- und Kunststadt über die Jahrhunderte bekannt. Die Stadt zieht Künstlerinnen und Künstler an. Kunstschaaffende brauchen aber Raum, um sich zu entfalten. Mittlerweile sind bezahlbare Atelier- und Proberäume ein knappes Gut.

Der 2020 durch den Stadtrat beschlossene Kulturentwicklungsplan (KEP) benennt für den Bereich Bildende Kunst als Schwerpunkt »das Vorhalten von kostengünstigen Atelierräumen. Neben temporär nutzbaren Räumen werden vor allem Ateliers mit einer langfristigen Verfügbarkeit benötigt, die den Künstlerinnen und Künstlern Sicherheit in ihrem Schaffen geben«.

Der genannte Antrag fordert den OB auf, über den Stand der Umsetzung des Kulturentwicklungsplanes in diesem Punkt zu berichten. Wurden beispielsweise Atelier- und Proberäume in den neuen Kultur- und Nachbarschaftszentren eingerichtet, ist eine der Fragen. In Punkt 4 wird es dann konkret. Die Passage fordert den Oberbürgermeister auf, »über eine Prüfung und Möglichkeit des Ankaufs bestehender Künstler- bzw. Atelierhäuser in der Stadt durch die Landeshauptstadt Dresden für eine dauerhafte Sicherung zu berichten, insbesondere die Liegenschaften Hansastraße 3, Gostritzer Straße 10, Pillnitzer Landstraße 57«. Außerdem wird nach der möglichen Zwischennutzung von leerstehenden Immobilien der Landeshauptstadt Dresden gefragt.

Die LINKE-Stadträtin Anja Apel meint: »Im Ganzen sind die Berichte eine notwendige Grundlage, um konkretes Handeln zu ermöglichen. Nämlich Maßnahmen einzuleiten, die dem Mangel an bezahlbaren Künstlerateliers und Proberäumen entgegenwirken können.«

Die Redaktion



Räume für Kreative, die es krachen lassen



Hier wird kooperativ gelernt

Noch am Anfang

Auszüge aus der Rede von Florian Berndt im Stadtrat zum interfraktionellen Antrag »Zusammenhalt und Fortschritt brauchen längeres gemeinsames Lernen«

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

zunächst möchte ich mich dafür bedanken, hier heute sprechen zu können, denn das längere gemeinsame Lernen ist mir nicht nur eine Herzensangelegenheit, für die ich seit Jahren im Verein »Längere Gemeinsam Lernen – Gemeinschaftsschule in Sachsen« streite. Die Gemeinschaftsschulen sind überhaupt erst entstanden, weil über 50.000 Menschen in Sachsen den Volksantrag unterzeichnet haben. Und Gemeinschaftsschulen können auch nur erfolgreich werden, wenn alle bei der Errichtung mitgenommen werden. [...]

Dass es in Dresden bereits zwei Gemeinschaftsschulen gibt und dass die Anmeldezahlen an ihnen so hoch sind, ist kein Zufall. 12.000 Dresdnerinnen und Dresdner ha-

ben damals den Volksantrag mit ihrer Unterschrift unterstützt, also ein doppelt so hoher Anteil gemessen an der sächsischen Gesamtbevölkerung. [...]

Gemeinschaftsschule schafft ein soziales Miteinander

An einer Gemeinschaftsschule lernen Kinder über die vierte Klasse hinaus, gemeinsam bis zur Klasse 10 oder 12. [...] Dabei schafft sie ein soziales Miteinander, abseits von Leistungsdruck, und hinterfragt, wie derzeit gelernt wird. Alles in allem möchte die Gemeinschaftsschule das in den Mittelpunkt stel-

len, was manchmal vergessen wird: Den Lernerfolg des einzelnen Schülers. [...]

Wir stehen dabei in Sachsen noch am Anfang, bestehende, werdende Schulen und deren multiprofessionellen Teams möchten sich austauschen und deshalb haben wir nunmehr den zweiten Gemeinschaftsschultag in Chemnitz veranstaltet. Das erste Treffen fand in Dresden statt. Bei beiden gab es im Übrigen eine sehr rege Teilnahme. [...] Der dritte Gemeinschaftsschultag ist bereits in Planung. [...]

Lassen Sie uns heute darüber diskutieren, wie wir Schule und Bildung in Dresden zukünftig gestalten. Und treffen Sie heute eine Entscheidung, dass Dresden, vielleicht sogar über die sächsischen Landesgrenzen hinaus, zu einem Leuchtturm in Sachen Gemeinschaftsschulen wird.

Florian Berndt

FORTSCHREIBUNG DER SCHULNETZPLANUNG

Keine Schulschließungen vorgesehen

Im Januar stand der folgende Tagesordnungspunkt auf der Stadtratstagesordnung: »Fortschreibung der Schulnetzplanung, Planteile Grundschulen, Oberschulen, Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Förderschulen, Schulen des zweiten Bildungsweges und Schulen in nicht kommunaler Trägerschaft.« Was steckt dahinter?

Hier die amtliche Erklärung: Die Gewährleistung der schulischen Infrastruktur ist eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. Alle fünf Jahre überprüft und aktualisiert die Stadt Dresden die mittel- und langfristige Entwicklung ihrer Schulinfrastruktur. Die Bevölkerungsprognose stellt dabei die statistische Grundlage für die Fortschreibung der Schulnetzplanung dar. Ein deutlicher Rückgang der Geburten führt demnach zu einem Rückgang der Schülerzahlen.

Zudem hat der Stadtrat bei seiner Beschlussfassung zur Schulnetzplanung einen interfraktionellen Änderungsantrag angenommen, der besagt, dass »in Zusammenarbeit mit den Schulgemeinschaften dem Stadtrat weitere Schulstandorte zur Entwicklung von Gemeinschaftsschulen zum Beschluss vorzuschlagen« sind. Und ganz konkret soll geprüft werden, wie dem Wunsch des Ortschaftsrats Oberwartha nach der Entwicklung der Oberschule Cossebaude zur Gemeinschaftsschule nachgekommen werden kann.

LINKE-Stadträtin Anja Apel sagt dazu: »Besonders positiv ist, dass trotz zurückgehender Schülerzahlen keine Schließung von Einrichtungen vorgesehen ist. Das ermöglicht es, kleinere Klassen zu bilden.« Die Redaktion



In kleineren Klassen lernt es sich konzentrierter



Gunild Lattmann-Kretschmer

TRAUER UM GUNILD LATTMANN-KRETSCHMER

»Bis heute ein Vorbild«

Die frühere Intendantin des Theaters der Jungen Generation, Landtagsabgeordnete und Stadträtin, ist am 10. Februar 2024 im Alter von 87 Jahren verstorben.

In einer gemeinsamen Erklärung bringen die Vorsitzenden des LINKEN-Stadtverbandes, Jens Matthis und Jacqueline Muth, und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, André Schollbach, ihren Respekt vor der Lebensleistung zum Ausdruck. Hier der Wortlaut:

»Gunild Lattmann-Kretschmer hat als Dramaturgin und Intendantin des Theaters der Jungen Generation das Kinder- und Jugendtheater über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und weiterentwickelt. Sie erwarb sich große kulturpolitische Verdienste und erhielt dafür weit über ihre Intendanz hinaus Anerkennung und Hochachtung.

Als Tochter eines deutschen Offiziers, der sich in der Kriegsgefangenschaft vom Faschismus abwandte, wurde sie in frühester Jugend bereits politisch gegen Krieg und Faschismus geprägt. So

war sie nicht nur eine Theaterfrau, sondern hat sich darüber hinaus bis in das hohe Alter politisch engagiert. Sie war von 1990 bis 1994 Stadtverordnete für die PDS, von 1994 bis 2004 Landtagsabgeordnete und von 2009 bis 2014 LINKE-Stadträtin in Dresden.

Mit ihrer Disziplin und Hartnäckigkeit, aber auch ihrer stets freundlichen und gewinnenden Art ist sie uns bis heute ein Vorbild und wird dies auch in Zukunft bleiben. Wir werden Gunild Lattmann-Kretschmer ein ehrendes Andenken bewahren.« Die Redaktion



Anregender Austausch im Worldcafé

KLAUSUR DER ORTSCHAFTS- UND STADTBEZIRKSBEIRÄTE

Guter Start ins Wahljahr

Am 27. Januar fand die genannte Klausurtagung im Rathaus statt. Nach der Begrüßung ging es weiter mit dem ersten Tagesordnungspunkt und dem einleitenden Kurzreferat von Jens Matthis zur kommunalpolitischen Arbeit der LINKEN vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Partei.

Aber richtig spannend wurde es nach der Pause. Ein neues Format wurde erprobt. Das sogenannte Worldcafé. Im Kern eine thematische Aufteilung in verschiedene Themenbereiche und kleinere Diskussionsrunden. Nach der Vorstellung der fünf Thematische teilten sich die Anwesenden auf.

Am Tisch der Stadträtin Anja Apel ging es um die weitere Entwicklung der Kultur- und Nachbarschaftszentren in den Stadtteilen. Das Thema Stadtentwicklung und Bau mit den Schwerpunkten Wohnungsbau und soziale Stadtentwicklung wurde von Stadtrat

Tilo Wirtz betreut und zur Sozialpolitik in den Stadtteilen machte Pia Barkow ein Diskussionsangebot. Mit dem LINKEN-Stadtrat Jens Matthis wurde über aktuelle Entwicklungen im öffentlichen Nahverkehr und die Zukunft der Dresdner Verkehrsbetriebe gesprochen und über Sportangebote in den Stadtteilen wurde sich mit der Stadträtin Margot Gaitzsch ausgetauscht.

Die Gespräche und Diskussionen ergaben sehr viele Anregungen und Ideen. Die Spanne reichte von der Forderung nach mehr verkehrsberuhigten Zonen bis zur Einrichtung längerer Ampelphasen für Fußgänger. Ebenso wurde über die Verwendung von regionalem Saatgut beim Stadtgrün gesprochen, wie über die Priorisierung bei der Mittelvergabe der Budgets der Stadtbezirksbeiräte. Insgesamt wurde die Veranstaltung von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als sehr gelungen bewertet. Ein guter Start in das Kommunalwahljahr. *Die Redaktion*

TILO KIEBLING IM STADTRAT ZUR STRASSENKUNST

Auf der Seite der Freiheit

Während ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, lief als Hintergrundmusik Dario Rossi. Das ist ein Straßenmusiker, der auf ausgebreiteten alltäglichen Utensilien trommelt. Für meine Ohren sehr schön. Für andere vielleicht ein Grund zur Beschwerde.

§ 35 der sächsischen Verfassung besagt: »Jede Person hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.«

Vermutlich ist aber mit den immerzu genannten Beschwerden gar nicht so sehr der förmliche Vorgang gemeint, sondern wohl so etwas wie Unmutsäußerungen über einen Zustand, der einem gerade nicht gefällt. Aber wissen Sie, so etwas gibt es doch immer.

Und in diesem Widerstreit zwischen Reglementierung und Freiheit stehen wir auf der Seite der Freiheit. Das ist übrigens ein Ergebnis unserer Herkunft aus der DDR, in der die Freiheit wenig galt. Und zur Freiheit gehört nun einmal ab und zu auch Musik. *Tilo Kiebling*



Straßenmusik: Die einen stört es, die anderen nicht

Die Proteste zeigen Wirkung

Wie sieht es mit der Haushaltsbewirtschaftung in diesem Jahr aus? Droht wieder eine Haushaltssperre, oder werden Gelder umgeschichtet?

Wenn im Haushalt der Stadt durch Kostenerhöhungen plötzlich viele Millionen Euro fehlen, gibt es eigentlich nur wenige unmittelbare Reaktionsmöglichkeiten. Eine ist, gar nichts zu tun und zu hoffen. Hat man Glück, kommt von irgendwoher Geld, hat man Pech, landet das Defizit voll in den Büchern und muss in den Folgejahren ausgeglichen werden.

Eine zweite Variante ist, innerhalb der beschlossenen Projekte umzuschichten. Das ist eine gute, aber sehr aufwendige Möglichkeit. Und bei jedem Projekt, von dem Geld weggenommen wird, droht in der Verwaltung und in der Politik Ungemach.

Eine dritte Möglichkeit ist die Haushaltssperre. Diese aber nimmt sowohl dem Stadtrat als auch der Verwaltung die Zügel aus der Hand, sie wird nämlich vom »Fachbediensteten für das Haushaltswesen« ausgesprochen und kann sehr unangenehm sein, das haben wir in Dresden 2023 ja wieder einmal erlebt. Hier betraf eine Haushaltssperre plötzlich alle Bereiche, in denen noch Geld übrig war, und vor allem bei Sport und Jugendhilfe hatte das harte Folgen.

Während nämlich in der Verwaltung der Stadt Personalkosten und Sachkosten in unterschiedlichen Haushaltsteilen dargestellt werden, sind die Personalkosten der geförderten Einrichtungen Bestandteil ihrer För-



Haushaltsbewirtschaftung – ein schwieriger Balanceakt

derung, und dieses Geld zählt für die Stadt dennoch zu den Sachkosten. Damit schlägt eine prozentuale Sperre sofort viel härter ins Kontor. Zudem kann nicht, wie in der Verwaltung, über Umschichtungen Geld nachgeschoben werden.

Nun hat die Verwaltungsspitze sich etwas einfallen lassen, dass diese Härten mindert und zumindest die volle politische Handlungsfähigkeit

erhält: Um fehlende Haushaltsmittel in einem Bereich von 40 bis 50 Millionen Euro herauszuwirtschaften, gibt es eine Haushaltssperre light. Die Ämter sollen nur 80 Prozent ihrer Ansätze ausgeben, und gleichzeitig bleiben Wohlfahrtspflege, Sport und Jugendhilfe von dieser Last befreit. Regelmäßig wird zu mehreren Terminen in die Kasse geschaut, ob diese Maßnahme ausreicht. *Tilo Kiebling*



Der Baubeginn ist für Anfang März geplant

KRACHT-BRUNNEN

Sanierung kann endlich beginnen

Am 24. November 2022 beschloss der Stadtrat den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur denkmalgerechten Sanierung der Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt. Anfang des Jahres hat der Ausschuss für Wirtschaftsförderung nun endlich die Aufträge zur Sanierung des östlichen Krachtbrunnens vergeben.

Mehrmals hatte der Fraktionsvorsitzende André Schollbach nach Zeitplan und Kosten der Sanierung gefragt. Laut der aktuellen Antwort der Verwaltung ist der Baubeginn nunmehr für Anfang März 2024 geplant. Die voraussichtlichen finanziellen Aufwendungen der Landeshauptstadt Dresden für die Sanierung des östlichen Krachtbrunnens betragen 2,05 Millionen Euro.

LINKEN-Fraktionsvorsitzende André Schollbach meint: »Wir haben lange dafür gekämpft. Es hat sich gelohnt. Ich freue mich, dass nun die Aufträge vergeben werden konnten und die Sanierung des unter Denkmalschutz stehenden Brunnens endlich losgehen kann. Damit wird das derzeitige Erscheinungsbild und die Aufenthaltsqualität auf dem Neustädter Markt verbessert.«

Die Redaktion

MEHR SCHULBIBLIOTHEKEN

Bedarf besteht

Bildungsgerechtigkeit – ein großes Wort. Und doch kann man mit vielen kleinen Dingen zum Gelingen beitragen. Zum Beispiel mit Schulbibliotheken. 2018 hatte der Dresdner Stadtrat auch auf Initiative der LINKEN hin deren Einrichtung beschlossen. Und die Zahlen sprechen für sich: Bisher wurden 39 Schulbibliotheken, die durch zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hauptbibliothek betreut werden, eingerichtet. 50 Leselotsinnen wurden angelernt und insgesamt 33.000 Bücher zur Verfügung gestellt.

2021/22 geriet die weitergehende Umsetzung des Projektes ins Stocken, es wurde trotz Haushaltsbeschluss keine weitere Personalstelle für die Bibliotheken durch Oberbürgermeister Hilbert geschaffen. Dabei haben weitere 30 Schulen Bedarf an einer Schulbibliothek angemeldet, aber diese gehen derzeit leer aus. Daher hat die LINKE eine Antragsinitiative gestartet, um die Entwicklung der Schulbibliotheken fortzusetzen und wieder in Gang zu bringen. »Das Projekt soll weiterwachsen, mehr Schülerinnen und Schüler beim Lernen unterstützen und so auch einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten. Der Bedarf ist da.« Sagt die LINKE-Stadträtin Anja Apel, die den Antrag schrieb.

Die Redaktion



Schulbibliotheken sind eine feine Sache

ZWECKENTFREMDEUNGSVERBOT

Schwaches Gesetz

Endlich hat der Landtag den Gesetzentwurf der Koalition zum Zweckentfremdungsverbot verabschiedet. Zwar schon im Koalitionsvertrag von 2019 versprochen, hat es fünf Jahre gebraucht, bis das Gesetz zur Abstimmung gekom-

men ist. Was ist und bezweckt ein Zweckentfremdungsverbot? Kommunen wird damit die Möglichkeit eingeräumt, gegen Vermieterinnen und Vermieter vorzugehen, wenn sie ihren Wohnraum für andere Zwecke als Wohnzwecke vermieten, oder über einen langen Zeitraum leer stehen lassen.

Die Linksfraktion im Dresdner Stadtrat fordert dies schon seit Jahren. Denn das Problem der Zweckentfremdung von Wohnraum ist in Dresden schon lange zu beobachten. Etwa 1500 Wohnungen werden dauerhaft als Ferienwohnung zweckentfremdet und stehen damit dem Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung.

Das vorgelegte Gesetz jedoch ist im bundesweiten Vergleich das schwächste Zweckentfremdungsverbotsgesetz. So ist es üblich, dass Leerstand nur drei bis sechs Monate toleriert wird. In Sachsen sind es zwölf Monate. Auch die Definition, was alles unter eine Zweckentfremdung fällt, ist hier sehr knapp, es geht eigentlich nur

um Leerstand und Ferienwohnungsnutzung. Alle anderen Bundesländer haben deutlich mehr Punkte aufgegriffen, wie zum Beispiel die Vermietung von Wohnraum für Gewerbe. Ein Vorgehen gegen Verwahrlosung und Abriss fehlt ebenfalls. Übrig bleibt ein Kniefall vor der Eigentümerlobby.

Die LINKE-Stadträtin Pia Barkow ist enttäuscht und meint: »Wir müssen in Dresden in der Wohnungspolitik alle Instrumente nutzen, die zur Verfügung stehen, um Mieterinnen und Mieter zu schützen. Daher ärgert es mich, dass die Koalition auf Landesebene einen so schwachen Gesetzentwurf vorgelegt hat. In der Neustadt gibt es mittlerweile ganze Häuser, die nur noch als Ferienwohnung genutzt werden. Das Gesetz ist jedoch so schwach, dass wir als Kommune diese Zweckentfremdung ein ganzes Jahr lang hinnehmen müssen. Die Leittragenden sind letztlich die Mieterinnen und Mieter.«

Die Redaktion



Zweckentfremdung? Bei Wohnungsknappheit schon

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Dr. Dirk Wagner, Susann Dietzschold,
Thomas Feske

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Florian Berndt,
Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch,
Tilo Kießling, André Schollbach,
Dr. Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

Edyta Pawlowska/photocase (1); Leeroy agency/pixabay (2); kastoimages/photocase (2); falco/pixabay (2); DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (3); Derbrauni/Wikimedia Commons (4); Wikimedia Commons (4); Alf Holm/pixabay (5); Brandon Bolander/pixabay (5); greenspc/pixabay (6); 14995841/pixabay (6); Fraktion DIE LINKE.

im Dresdner Stadtrat (6); Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (7); Steve Buisinne/pixabay (7); Mircea Lanku/pixabay (7); Dguendel/Wikimedia Commons (8); Hermann Kollinger/pixabay (8); Erich Westendarp/pixabay (8)

Redaktionsschluss

10. Februar 2024

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

3000 Exemplare

Die Linke

Fraktion im
Dresdner Stadtrat